

# Kinder stark machen

Zehn Prozent der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen leiden unter behandlungsbedürftigen psychischen Auffälligkeiten. In einer Entschließung sprachen sich die Mitglieder der 19. Landesgesundheitskonferenz, darunter auch Ärztekammer und KV in Nordrhein, daher für weit reichende Verbesserungen in der Versorgung aus.

von Ulrich Langenberg

Die Zahlen sind alarmierend: Etwa 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland weisen psychische Störungen auf. Wie Professor Martin Holtmann, Ärztlicher Direktor der LWL-Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Hamm, bei der 19. Landesgesundheitskonferenz (LGK) in Düsseldorf erläuterte, sind etwa die Hälfte dieser Kinder und Jugendlichen behandlungsbedürftig. Grund genug für die LGK, sich dem Thema „Erhalt und Verbesserung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in NRW“ in ihrer diesjährigen Entschließung zu widmen.

## Häufig sind arme Kinder betroffen

Die Ursachen für die Zunahme von psychischen Störungen im Kindes- und Jugendalter sind überwiegend außerhalb des Gesundheitswesens zu suchen. Schon Erwachsene sind in der postmodernen Gesellschaft einem früher unbekanntem Maß an Widersprüchlichkeit ausgesetzt. In Verbindung mit kaum überschaubaren Wahlmöglichkeiten und einer wahren Informationsflut führt dies zunehmend zu Überforderung und Desorientierung.

Umso mehr bedeutet diese gesellschaftliche Entwicklung für die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine schwere Bürde, die nur mit Hilfe von schützenden und stärkenden Sozialstrukturen gemeistert werden kann. Gerade hier aber wirkt sich der Zerfall der primären sozialen Beziehungsgefüge besonders gravierend aus.

Auf die Schlüsselrolle, die in diesem Zusammenhang der Familie sowohl bei



*Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen soll als eigenständiger Themenschwerpunkt im Landespräventionskonzept NRW verankert werden.*

*Foto: pantber-foto-Fotolia.com*

der Prävention als auch bei der Entstehung psychischer Störungen von Kindern zukommt, wies bei der Landesgesundheitskonferenz die Kinderpsychologin Professor Nina Heinrichs von der Universität Bielefeld nachdrücklich hin. Besonders betroffen sind Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status.

Im Ergebnis sieht sich das Gesundheitswesen einer „neuen Morbidität“ von Kindern und Jugendlichen gegenüber, die zu einem großen Teil von Störungen der Emotionalität, des Sozialverhaltens sowie der motorischen, kognitiven und sprachlichen Entwicklung bestimmt wird. Dabei sind Jungen bis zur Pubertät häufiger auffällig als Mädchen und weisen vorwiegend nach außen gerichtete Störungen wie Hyperaktivität und aggressives Verhalten auf. Bei Mädchen nehmen psychische Erkrankungen ab der Pubertät deutlich zu, wobei ängstlich-depressive oder selbstverletzende Störungen im Vordergrund stehen.

Die Landesgesundheitskonferenz vereinbarte vor diesem Hintergrund verstärkte Anstrengungen in den Handlungsfeldern Prävention, Versorgung und Kooperation sowie Vernetzung. So soll die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen als eigenständiger Themenschwerpunkt im Landespräventionskonzept NRW verankert werden. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme der schon bestehenden Präventionsangebote sollen nachweislich geeignete, evidenzbasierte Präventionsprogramme gezielt gefördert und ausgeweitet werden. Als Schwerpunkt hebt die LGK die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern oder

Sorgeberechtigten und zielgruppenspezifische Angebote für sozial belastete Familien hervor.

Zum Handlungsfeld „Versorgung“ fordert die LGK den bedarfsgerechten wohnortnahen Ausbau sowohl tagesklinischer und vollstationärer als auch ambulanter kinder- und jugendpsychiatrischer sowie -psychotherapeutischer Versorgungsangebote. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf das Sofortprogramm des Landes zur Verbesserung der stationären und teilstationären kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung und fordert den Gemeinsamen Bundesausschuss auf, die Bedarfsplanungs-Richtlinie im Hinblick auf notwendige Regelungen für eine bedarfsgerechte ambulante Versorgung von psychisch kranken Kindern in strukturschwachen Regionen zu überprüfen.

## Steffens fordert ganzheitlichen Ansatz

Die Mitglieder der LGK betonten abschließend die Notwendigkeit zur Kooperation und Vernetzung in der Prävention und Behandlung von psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen. Dabei geht es nicht nur um die Akteure des Gesundheitswesens, sondern weit darüber hinaus auch um die Jugendhilfe, den Bildungssektor und die gesellschaftlichen Institutionen.

NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens wandte sich mit ihrem Fazit zur Landesgesundheitskonferenz folglich auch bewusst an Politik und Gesellschaft insgesamt: „Ohne qualifizierte Bildungs- und Familienpolitik, ohne die Schaffung der notwendigen sozioökonomischen Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachen von Kindern in ihren jeweiligen familiären oder sozialen Bezügen, ohne eine familien-gerechte Arbeits-, Verkehrs-, Wohnungs- und Städtebaupolitik und ohne umfassende Integrationspolitik können keine durchgreifenden Erfolge erzielt werden.“

**Ulrich Langenberg** ist stellvertretender Leiter des Ressorts für Allgemeine Fragen der Gesundheits-, Sozial- und Berufspolitik der Ärztekammer Nordrhein.

## Hinweise

Weitere Informationen und Entschließungstexte unter [www.mgepa.nrw.de/Gesundheit/Versorgung/Institutionen/Landesgesundheitskonferenz](http://www.mgepa.nrw.de/Gesundheit/Versorgung/Institutionen/Landesgesundheitskonferenz).

Die ÄkNo greift das Thema der LGK mit einem Kammerkolloquium zu soziogenen Entwicklungsstörungen am 12.02.2010 im Haus der Ärzteschaft in Düsseldorf auf (siehe Seite 4).